



### **Prof. Dr. Claudia Warning, Vorstand Brot für die Welt**

Die studierte Geografin ist seit 2005 Vorstandsmitglied des Evangelischen Entwicklungsdienstes in Bonn. Seit dessen Fusion mit dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung 2012 ist sie dort Vorstandsmitglied. Im Teilwerk „Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst“ des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e.V. leitet sie den Vorstandsbereich Internationale Programme und Inlandsförderung, in dem Entwicklungsvorhaben in rund 100 Ländern gefördert werden. Zudem vertritt sie die Evangelische Kirche in Deutschland in den Gesellschafterversammlungen der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (GEPA).

### **„Brot für die Welt“ und Klimagerechtigkeit**

Zentrales Anliegen der klimapolitischen Arbeit ist es, den Klimawandel und seine Folgen für Mensch und Natur einzudämmen. Daher setzt sich Brot für die Welt gemeinsam mit seinen Netzwerken, ökumenischen Bündnissen und Partnerorganisationen für eine ambitionierte Ausgestaltung und Umsetzung des Pariser Vertrages ein, auf nationaler und internationaler Ebene. Ganz konkret unterstützt „Brot für die Welt“ in seinen Projekten besonders verletzte Bevölkerungsgruppen, sich an den Klimawandel anzupassen und widerstandsfähiger gegenüber Wetterextremen zu werden. So lernen Kleinbauern beispielsweise verbesserte Anbaumethoden kennen und traditionelle, robuste Gemüsesorten zu nutzen.

Eine kleine Delegation von „Brot für die Welt“ hat auch die Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsziele am 23. September 2015 in New York miterlebt. Bereits im Entstehungsprozess des Zielekatalogs für die globale Entwicklung hatte sich „Brot für die Welt“ in zahlreichen nationalen und internationalen Plattformen und im politischen Dialog mit der Bundesregierung eingebracht.

Prof. Dr. Claudia Warning: „Es ist keineswegs gerecht, wenn die Armen die größten Schäden durch den Klimawandel erleiden. Verdorrte Erden und Ernten und als auch Überschwemmungen und Hochwasser treffen die Ärmsten am härtesten. Das dürfen wir nicht zulassen!“